



Baden-Württembergischer  
Handwerkstag e.V.  
Heilbronner Straße 43  
70191 Stuttgart

Zusammenschluss sämtlicher  
Organisationen des Handwerks  
von Baden-Württemberg



Pressemitteilung 10.3.2022, Nr. 17

## UKRAINE-KRIEG

# Folgen im Handwerk immer spürbarer

Lieferengpässe, Materialknappheit und explodierende Energie- und Rohstoffkosten – die Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine und der Sanktionen gegenüber Russland machen sich immer stärker auch im baden-württembergischen Handwerk bemerkbar. Mehr als jeder dritte Betrieb ist bereits betroffen, so eine aktuelle Umfrage des Zentralverbands des Deutschen Handwerks. Dazu erklärt der Hauptgeschäftsführer des Baden-Württembergischen Handwerkstags (BWHT), Peter Haas:

„Das Handwerk ist bereit, die Folgen der internationalen Maßnahmen gegen die russische Aggression mitzutragen und engagiert sich bei der Unterstützung von aus der Ukraine geflüchteten Menschen. Gleichzeitig sind die Betriebe immer stärker von den Folgen des Krieges betroffen. Deshalb muss sich die deutsche Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik dringend auf die aktuelle Lage ausrichten und Belastungen, wo immer möglich, reduzieren. Nur so kann sichergestellt werden, dass wir dringend notwendige Einschränkungen zur Befriedung des Konfliktes auch durchhalten können.

Besonders deutlich wirken sich zum einen die stark steigenden Energiepreise aus. Hier ist der Staat gefordert, nicht über Abgaben noch am Anstieg mitzuverdienen, sondern die Verbrauchsteuern auf Strom und Energie vorübergehend auf ein Minimum abzusenken – um so Betriebe und Bürger zumindest etwas zu entlasten.

Immer dramatischer wird die Situation auch bei Baumaterialien, vor allem bei Stahl und Aluminium. Händler arbeiten oft nur noch mit Tagespreisen. Auch Garantien über Liefertermine gibt es teils bereits nicht mehr. Die Betriebe wissen schlicht nicht mehr, wie sie noch verlässlich kalkulieren können und sollen. Umso wichtiger, dass öffentliche Auftraggeber endlich Preisgleitklauseln auch für laufende Verträge einführen, um das Risiko von Preissteigerungen nicht einseitig auf die Betriebe abzuwälzen.“